

ren Kreisen eingeladen. Es entwickelte sich eine für alle Teilnehmer fruchtbare und kameradschaftliche Diskussion über die Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit und den konsequenten Kampf um die Durchführung von Beschlüssen. Der Leitung des Wirtschaftsrates wurde empfohlen, die Brigadearbeit unbedingt weiterzuführen.

Auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung stellte sich jedoch heraus, daß in der Zwischenzeit die Brigadearbeit nicht wieder aufgenommen worden war. Auch dieses Beispiel zeigt, daß die Behandlung der Beschlüsse in den Mitgliederversammlungen eine Seite, ihre praktische Durchführung in der staatlichen Leitungstätigkeit aber eine andere ist. Im Verlauf der Diskussion begriffen die Genossen, daß dann, wenn nicht sofort nach Beschlußfassung auch mit der Verwirklichung eines Beschlusses begonnen wird, immer ein enormer Tempoverlust und eine Minderung der Qualität der politischen Führungsarbeit eintreten. In dem Fall Merseburg wird die Grundorganisation nicht eher Ruhe geben, bis das Arbeitsprogramm der Brigade durchgeführt ist.

Der gute Wille ist da

Es ist interessant zu untersuchen, warum der Beschluß zu Merseburg so schleppend durchgeführt wurde, trotzdem es den unmittelbar Beteiligten nicht an gutem Willen fehlte. Es verhielt sich sogar so, daß die Mitglieder der Brigade von dieser Aufgabe begeistert waren und sich sehr für ihre Fortführung einsetzten. Aber jedes einzelne Brigademitglied wurde von seinem Abteilungsleiter oder sogar vom Vorsitzenden des Wirtschaftsrates mit anderen, „noch wichtigeren“ Aufgaben betraut. Natürlich müssen die laufenden Arbeiten erledigt werden. In der Konsequenz kam hier jedoch heraus, daß die vom Wirtschaftsrat beschlossene Brigadearbeit liquidiert wurde. Hier zeigte sich, daß den laufend anfallenden Schreibtischarbeiten in der eigenen Abteilung, also der Ressortarbeit, der Vorzug gegenüber Arbeitsaufgaben gegeben wurde, die von grundsätzlicher und allgemeiner Bedeutung sind. Anstatt die in Merseburg bereits erreichten guten An-

sätze in der Anleitung einer Kreisplankommission durch den Wirtschaftsrat zum allgemeingültigen Beispiel auszubauen, wurde das Neue bereits in seinem Keimzustand wieder erstickt. Das resultierte daraus, daß der Beschluß von den verantwortlichen Genossen lediglich als eine Angelegenheit der sechs Brigademitglieder betrachtet wurde. Hier zeigt sich ein falsches Verhalten gegenüber Beschlüssen, das im Ressortdenken wurzelt.

In der Vergangenheit bestand nicht immer die notwendige Übereinstimmung zwischen der Leitung des Wirtschaftsrates und der Parteileitung. Oftmals waren die Beschlüsse der Parteiorganisation nicht so orientiert, daß sie die Durchführung der Aufgaben des Wirtschaftsrates unterstützten. Dieser Zustand wurde verändert. Die Zusammenarbeit zwischen der Leitung des Wirtschaftsrates und der Parteileitung wurde verbessert. Sehr günstig wirkt sich aus, daß der Vorsitzende des Wirtschaftsrates, der ja zugleich auch Mitglied des Büros der Bezirksleitung ist, bestimmte grundsätzliche Fragen der Leitungstätigkeit mit der Parteileitung berät. Das ermöglicht ein einheitliches, koordiniertes Arbeiten der Parteiorganisation und des Apparates des Wirtschaftsrates. Die politischen, die ideologischen, die ökonomischen und organisatorischen Aufgaben können besser behandelt und die Parteierziehungsarbeit verstärkt werden. Diese ist heute in erster Linie darauf gerichtet, den Mitarbeitern des Wirtschaftsrates bei ihrer Qualifizierung zu helfen. Neue, lebendige Formen der Schulung werden uns dabei helfen.

Bereits die Konferenz von Potsdam-Babelsberg hatte empfohlen, einen breiten kritischen Erfahrungsaustausch über die Arbeit der Wirtschaftsräte und der Plankommissionen zu organisieren, um die Arbeitsweise dieser wichtigen staatlichen Organe schnell zu verbessern. Es wäre wünschenswert, mehr auch über die Erfahrungen der Parteiorganisationen in den Wirtschaftsräten der anderen Bezirke zu erfahren. Wir schlagen vor, dazu den „Neuen Weg“ zu benutzen.

Günter Schilling
Sekretär der Parteiorganisation
Wirtschaftsrat Halle

Günther Jahn
Aspirant des Institutes für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED